

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 5. November 1932

Nummer 89

## Zum „Volksentscheid“ am 6. November

### Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet. Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist. Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Geht Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt. Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Berlin, 24. Oktober 1932.

### Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seit einem halben Jahr ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geist. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volk aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein uneräußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal befeitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volk zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends

gerissen werden. Obrigkeitsstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Unflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eignen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Großagrarier, auf die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die andern durch Kontingente und Zölle, die einen wie die andern durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. In Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verpürte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeitserfeindliche, widerprüchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hintreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestochen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“

geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit andern Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem feindlichen Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschritts, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit völkischer fremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verknüpfen, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geist geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschlands, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Weg nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Zielens willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unfres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung besetzt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblindet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahren treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen. ... T h e o d o r L e i p a r t.

### Vorwärts und durch!

Großen Teilen deutscher Volksmassen hat sich infolge ihrer schweren Existenzlage eine verzweiflungsnaher Stimmung bemächtigt, die bei Wahlen durch extrem-politische Stimmabgaben sich Luft macht. Die wichtigste Aufgabe einer klugen, staatliche Ruhe und Sicherheit veranlassenden wackelnden Regierung sollte es sein, alles hierzu Geeignete zu tun, um die Lebenshaltung des Volkes leichter zu gestalten. Leider beweist in ausgeprägtem Maße die Papenregierung, daß sie in dieser Hinsicht von allen bösen Geistern besessen ist.

Zu solchem Zusammenhang dürfte die Feststellung angebracht sein, daß zur Zeit des Herrmann-Müller-Kabinetts, an dem vier Sozialdemokraten beteiligt, andererseits nur erst zwölf Nationalsozialisten als Reichstagsabgeordnete damals zu zählen waren, der Durchschnittslohn der Arbeiter rund 53 Mark und die Höhe der Durchschnittsunterstützung mehr als 20 Mark wöchentlich betrug. Als aber dann Brüning, ein Zentrumsführer, die bezeichnete Regierung stürzte und selbst das Reichssteuer in die Taufe nahm, — ferner als die gelegentlich der Reichstagsneuwahlen 1930 unter bemerzenswerter Schwächung der SPD auf 107 „Matadore“ emporgelertete NSDAP-Fraktion sich produzierte, verschlechterte sich der Lohnstand und damit die Lebenshaltung der Massen gewaltig. Zuletzt, ab 1. Januar 1932, vollzog sich eine Vorkriegszeit um 10 bis 15 Proz. Die Bataillone der Erwerbslosen vermehrten sich ins Ungeheure und die Volkstraufkraft ging in unerhörtem Umfang zurück. Obendrein wurden neue Steuerlasten den wirtschaftlich Schwachen aufgebürdet. Ungeachtet erheblicher Sozialversicherungsbeitragserhöhungen fanden die Unterhaltungsleistungen starke Herabsetzung.

Trotzdem die nationalsozialistischen Führer schon damals ihre komplette Inpotenz in puncto fruchtbareren Wirkens für das Volk nachwiesen, blühten ihre Parteigefährten. Es zogen nach der Wahlschlag im Sommer 1932 250 NSDAP-Reden ins deutsche Reichsparlament ein in der Erwartung, nun aus Steuer des Reichsschatzes treten zu können.

Indessen war es zum Glück für die NSDAP, deren einflussiger Schutzherr v. Papen, der die Regierungsmacht festhielt und die freilich noch stärker reaktionären, arbeitserföndlichen Hitlerianer um die Früchte ihrer jahrelangen Verleumdungsarbeit gegen hochverdiente deutsche Volksmänner brachte.

Bei weitem schlimmer, als selbst die miesepetrigsten Schwarzseher es sich vorzustellen vermochten, geht es nach dem Abgang Brüning's nun unter dem Weßelkabinetts v. Papen zu. Dessen Verordnungen werden — falls ihre Durchführung überhaupt möglich ist — unausbeachtlich zum Aufbruch erweiterter Arbeitslosigkeit hinführen. Mit vollem Recht fordern darum die Vertreter aller freien Gewerkschaften sowie des Allgemeinen Arbeiter-Vereinsbundes in einer sehr vernünftigen, von der Sorge um das Wohl und Wehe der Arbeiter und Angestellten getragenen Entschliessung vom 18. Oktober die Aufhebung der Notverordnungen vom 5. September und 3. Oktober 1932. Auch die Kontingentierungspolitik der zurzeitigen Reichsregierung, gegen die bereits industrielle Führerkreise während ihr Veto einlegten, hat der deutschen Ausfuhr großen Schaden gebracht, da die vom Einfuhrverbot betroffenen Staaten zum Boykott deutscher Industrieerzeugnisse übergehen, wodurch die einheimische Exportindustrie in Mitleidenschaft gezogen und das Arbeitslosenproblem nur noch verschärft wird.

Dieses unausbeachtliche Ergebnis sehr dürrig durchdachter Experimente mit der in ihrem Kern durchaus guten Festschließung des Wirtschaftsankurbelns sollte sogar deren Urheber zu allerhöchsten Bedenken Anlaß bieten und zu Annulierung aller in solchen Zielen eingeleiteten Benachteiligungen der werktätigen Volksgemeinschaftsmitglieder nötigen. Der Prestigehandpunkt darf seitens der Reichsleitung nicht hervorgehoben werden in Dingen, bei denen es um das Wohl, ja um die Existenz der breiten Volksmasse geht. Denn bei weitem höher als ihre eigenes Prestige muß eine gute und vorbildliche Regierung das Wohlbefinden aller Staatsbürger bis zum geringsten Arbeitsmann stellen. Die bedeutamen gewerkschaftlichen Errungenschaften in jahrzehntelangen Ringen, die tarifrechtlichen Arbeitsverträge müssen erhalten bleiben. Das Tarifwesen darf in seinen Fundamenten nicht erschüttert und dadurch dem Zusammenbrechen entgegengeführt werden. Mit äußerstem Bestreben, tief erbittert stehen die Massen zu dem Geschehens, daß die feierliche Erklärung des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der Lebensstandard der Arbeiter solle gesichert und der soziale Wohlstand gewahrt bleiben, durch erzwungene Lohnsenkung und Abbau im Sozialversicherungswesen durch die Taten der Reichsregierung keine Erfüllung findet.

Wie dem auch sei! Auf jeden Fall wird es nützlich sein, daß die schaffenden und notleidenden Stände sich daran erinnern, wie enorm die Lohn- und Unterstützungsätze seit Erledigung des Herrmann-Müller-Kabinetts heruntergedrückt wurden, wodurch die Kaufkraft des Volkes fortgesetzt vermindert, die Aufkurbelung der Wirtschaft infolge Nichtabfähigkeit kolonialer Warenbestände ungedrückt bestehenden Lebensbedarfs der Bevölkerung in jeglichen Artikeln zur Unmöglichkeit, der Umfang der Erwerbslosigkeit immer unheimlicher wird. Woraus sich die Notwendigkeit der von den Gewerkschaften geforderten Wechse von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziel planmäßiger Wirtschaftsführung von selbst ergibt.

Deshalb gilt es, unverzagt und unerföhrtlich im Glauben an den unabwendbaren Endsieg der gerechten

Volkssache weiterzukämpfen für die Schöpfung eines Staatswesens, in dem nicht Doh und Knechtler ihr barbarisches Blutwerk verrichten und die Knechtung der Arbeiterschaft gefühllos durchhält findet, sondern für ein deutsches Vaterland, in dem Kultur und Nächstenliebe, Demokratie, Freiheit und allgemeine Volkswohlfahrt thronen! Damit würde gleichzeitig der Festigung, Ausbreitung und Fortpflanzung gewerkschaftlichen Geistes ein breiter Strom geöffnet sein.

Leipzig.

### Gegen die Entrenchung des Volkes!

Die Befürchtungen republikanischer Kreise, daß die Verfassungsreform einen grundsätzlichen Bruch mit der bestehenden Verfassung-herbeiführen wird, sind berechtigt. Es ist in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, einer der Regierung sehr nahestehenden Zeitung, zu lesen, daß durch die Reform die Entmachtung des Parlaments erzielt und ein grundlegender Umschwung herbeigeführt werden soll. Daran ändert auch der Passus in einer Rede des Kanzlers nichts, in dem er die Verleserung absieht, daß an den großen Grundgesetzen, die der zweite Abschnitt der Weimarer Verfassung enthält, nicht gerührt werden soll. Nun, diese im zweiten Abschnitt enthaltenen Grundrechte sind Verleserungen, die bis heute noch nicht verwirklicht und in nächster Zeit aus Grund der politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands nicht verwirklicht werden können. Was noch nicht verwirklicht ist, kann dem Volk auch nicht genommen werden. Diese Verleserung Papens war eine Werttötung über den Umbau des Verfassungslebens aller Deutschen regelnden ersten Abschnittes der Weimarer Verfassung.

Was verkündete nun Papen über die neue Verfassung: Die aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung, die nach Artikel 1 der Weimarer Verfassung die Staatsgewalt bestimmen soll, soll nicht mehr das Recht haben, durch eine Mehrheit die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. So soll „eine nachvollziehbare und überparteiliche Staatsgewalt“ geschaffen werden, „die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird“. Die Verwirklichung dieses Planes bedeutet die vollständige Entrenchung des Parlaments; es würde die Ohnmachtstellung wieder einnehmen, die es im Kaiserreich hatte. Um diesen Vergleich noch besser zu illustrieren, hat Papen noch die Errichtung einer Ersten Kammer, ähnlich den früheren preussischen Herrenhaus, „als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags“ angekündigt. Diese Erste Kammer, die bestimmt nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen wird, sondern deren Angehörige ernannt werden sollen, wird die vollständige „Wahllosigkeit“ des Parlaments „verfestigen“. Ihre „erhöhten“ Mitglieder, die doch nur aus den die Regierung stützenden Kreisen genommen werden, können dann jedes von der Volksvertretung beschlossene Gesetz, das ihrer reaktionären Mentalität aus dem vorigen Jahrhundert nicht entspricht, ihre Unterstützung versagen.

Die Verfassungsreform, die in engem Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt werden soll, bringt für diese Änderungen in ihrem Verhältnis zum Reich, die zur Zeit Zuständnisse an die süddeutschen Länder, die der Regierung mit ihren Verfassungsplänen immer Widerstand entgegengekehrt hatten, in, denen der demokratische Gedanke fester und tiefer verankert ist als in den andern Ländern. So soll diesen Ländern Verfassungs- und Gebietsautonomie gewährt werden. Zu welchen Konsequenzen die Verfassungsautonomie führen kann, ist heute noch nicht abzusehen. Die Erklärung des Kanzlers über die Verfassungsautonomie, nach der den Ländern das Recht gewährt werden soll, ihre Verfassung unabhängig von den Bestimmungen der Reichsverfassung aufzubauen, wird gerade von bayerischen monarchistischen Kreisen als Erlaubnis zur Errichtung der Monarchie in Bayern betrachtet, ohne daß die Staatsform des Reiches geändert werden braucht. Auch in der Gestaltung des Landes- und Gemeindefortschritts sollen die Länder freie Hand haben. Um Preußen wieder zum Preußen der Vorkriegszeit, zum Hort der finsternen Reaktion zu machen, will man den „allgemein beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen“ aus der Welt schaffen, indem man die wichtigsten Organe von Reich und Preußen vereinigt. In eine Auflösung des preussischen Staatsgebiets ist nicht gedacht.

Am Schluß seiner die Verfassungsreform betreffenden Rede sagte Papen, daß der Verfassungsentwurf dem neugewählten Reichstag vorgelegt werde. Als Warnung fügte er hinzu, daß er den Willen und die Macht habe, die Verfassung zu ändern. Durch die Kriegserklärung an die demokratische Republik ist der Kampf um deren Erhaltung in ein Stadium getreten, das mit der Wahl am 6. November seine Entscheidung finden muß!

### Es geht um Volksrechte!

Die Wahlen am 6. November versprechen schon in der Hinsicht interessant zu werden, ob der erwartete Rückgang der Nazibewegung erstmalig Tatsache wird. Wenn die Wahlen überhaupt einen Sinn haben, dann den, die extremen Parteien rechts und links so zu vermindern, daß sie Papen nicht für sich in Rechnung stellen kann. Ganz offen muß man sagen — und die Kommunisten geben es selbst zu —, daß die für sie abgegebenen Stimmen nur eine Demonstration bedeuten sollen. Letzte Demonstrationen kann sich aber die Arbeiterklasse in solchen Zeiten, wo die

Grundgesetze des freien Staatslebens auf dem Spiel stehen, nicht erlauben! Papens Stärke beruht darauf, daß sich dieser Reichstag nur im Mein-Sagen einig war, da gegen Mehrheitsbildungen schwierig zulässig. Er erhofft denselben Zustand auch bei der nächsten Wahl, weil er Beweis für seine Ansicht sein soll, daß ein Versagen des parlamentarischen Systems die Ursache ist. Eine gänzlich falsche Schlussfolgerung, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel bei 230 sozialdemokratischen Mandaten die Rechnung Papens gründlich verborben wäre.

Als der Reichstag zum ersten Male aufgelöst wurde, geschah das auch auf nationalsozialistisches Drängen hin, weil er nicht dem Volkswillen entsprach. Nach dieser Volksbefragung aber wurde das Parlament zum zweiten Male aufgelöst — weil es Herrn v. Papen nicht entsprach.

Da auch die Gewerkschaften schon in letzter Zeit einen Vorgehensmaß bekommen haben, wie man ihnen zu Liebe rufen will, kann der Gewerkschaftsfolge nicht absteht bei diesen wichtigen Fragen stehen. Die Erhaltung der politischen Demokratie ist Voraussetzung für die Gestaltung der sozialen Demokratie. Und darum kommt es darauf an, am 6. November einen Reichstag mit verfassungstreuer Mehrheit zustandzubringen. Die Verteidigung der Demokratie kann nur gelingen mit einer starken Sozialdemokratie. Ihr müssen alle Stimmen der organisierten Arbeiterschaft gehören. Kleinliche Bedenken müssen hinter diesen großen wichtigen Fragen zurückstehen.

Dortmund.

F. R.

### Friede, Freiheit, Brot!

Das war die Volkssache, die das revolutionäre Proletariat dem deutschen Volk am 9. November 1918 verkündete. Eine Volkssache, die zugleich den Schlüsselpunkt hinter vier furchtbare Jahre legte. So ist es auch verständlich, daß der Ruf nach Friede, Freiheit und Brot gerade bei den Fronttruppen ein besonders starkes Echo fand. Das politische Empfinden, das bei der deutschen Arbeiterschaft bis zum Jahr 1914 verhältnismäßig gering war, hatte somit durch das „Frontenerlebnis“ klarere Formen angenommen. Es ist doch eine unbestreitbare Tatsache, daß der Soldat von 1918 innerlich ganz anders eingestellt war als der von 1914. Längst hatte sich bei ihm die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Krieg für den Mann an der Front nur Tod und Vernichtung bringt, während er für den Kapitalismus ein glänzendes Geschäft war. Diese Erkenntnis aber schuf erst die Voraussetzung für den Sturz des morschen Obrigkeitsstaates und den Bau des neuen sozialen Staatswesens. Mit rasender Geschwindigkeit brach das alte Deutschland zusammen, und am 9. November nahm das deutsche Proletariat seine Geschicke selbst in die Hände. Wohl gab es dunkle Elemente genug, die diesen Zustand des Übergangs von der alten zur neuen Ordnung dazu benutzen wollten, Deutschland völlig in den Abgrund zu stoßen. Aber verantwortungsbewusste Männer ergriffen mit starken Armen das am Boden liegende Banner und retteten das Reich vor dem drohenden Zerfall. Was Männer wie Ebert, Herrmann Müller, Erzberger u. a. in jenen Tagen an Arbeit und schlaflosen Nächten geleistet haben, kann nur der richtig beurteilende, der Gelegenheit hatte, ihre Tätigkeit aus nächster Nähe zu beobachten.

Hatten die Feinde der Demokratie diese Taten schon nach ganz kurzer Zeit vergessen? Fast scheint es so. Denn im Jahr 1920 unternahm sie den kläglichen Versuch, die zarten Triebe demokratischer Arbeit zu vernichten. Dieser Versuch mißlang, mußte mißlingen, weil die deutsche Arbeiterschaft in festener Einmütigkeit unter Führung der freien Gewerkschaften ihre eben erst geschaffenen Lebensrechte feldmännlich verteidigte. Langsam aber sicher ging es mit dem durch den Krieg verarmten Deutschland wieder aufwärts. Zwar waren die Kriegslasten unerträglich, die ein von blödem Haß diktiert Friedensvertrag uns auferlegte, und auch die fürchterliche Gelfel der Inflation blieb uns nicht erspart. Aber das neue Deutschland überwand alles. Mit der Einführung der festen Währung machte sich auch das Wiedererstarben des Kapitalismus bemerkbar. Zunächst wurde eine großzügige Nationalisierung durchgeführt, die aber nicht den Zweck hatte, mit geringen Mitteln höchste Leistungen zu vollbringen, sondern immer mehr Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausschleuderte. Die Folge war, daß die Kaufkraft der breiten Masse immer weiter sank, was wiederum die Wirtschaft in steigendem Maße ungünstig beeinflusste. Angehörig aber verhalten die Vorschläge und Warnungen der Gewerkschaften, bis sich als Triumph dieser Nationalisierung die Weltwirtschaftskrise entwickelte, unter der wir nun schon seit Jahren leiden.

Betrachten wir nun den Weg, den die freien Gewerkschaften in den letzten Jahren gehen mußten, so müssen wir feststellen, daß es ein mühsamer und ein dorniger gewesen ist. Manches Hindernis mußte überwinden, mancher Beschluß gefaßt werden, der nicht immer von den Mitgliedern verstanden wurde. Aber nie kamen sie vom rechten Weg ab, sondern kämpften mit lechter Konsequenz für ihr hohes Ziel — die Freiheit der Arbeiterklasse. Ihre besondere Sorge galt den Erwerbslosen. Sie wieder in den Produktionsprozeß einzureihen, sind sie unablässig bemüht gewesen. So sind die freien Gewerkschaften immer noch der sichere Hort aller Bedrängten. Fest und kampfbereit stehen sie da und werden auch weiterhin der Unternehmerrückwärts zu begegnen wissen. Weder Krise, Reaktion noch Faschismus haben vermocht, die freien Gewerkschaften zu erschüttern. Wohl hat uns mancher verlassen, der innerlich nie zu uns gehörte. Laß sie gehen, die Treulosen, die in bösen Zeiten nicht das sein konnten, was sie in guten Zeiten sein

wollten. Dieser notwendige Reinigungsprozess hat die in den freien Gewerkschaften vereinten Arbeiter nur noch fester zusammengeschlossen. Ein inniges Band umschlingt alle Glieder des DGB, und aus der gemeinsamen Not heraus wird auch der Kampf gemeinsam bis zum siegreichen Ende geführt. Am 9. November 1918 hat das revolutionäre Proletariat die Forderung nach Frieden, Freiheit und Brot erhoben, am 6. November 1932 wird die organisierte Arbeiterschaft die gleiche Forderung mit aller Kraft verteidigen, und einst wird kommen der Tag, wo wir diese Forderung in ihrer ganzen Größe verwirklichen werden.

K. F.

### Wahlrecht ist Wahlpflicht für den Gewerkschaftler

Die vielen Wahlen im letzten Jahr haben ohne Zweifel in weiten Kreisen eine gewisse Wahlmüdigkeit erzeugt. Und wenn vor einigen Monaten eine satirische Wochenschrift die Grundrechte des deutschen Staatsbürgers also zusammenfasste: Der Deutsche darf wählen und — kempfen, so ist das eine ganz gute Charakteristik unserer Zeit. Wenn man dann weiter bedenkt, daß die Baronsregierung mit ihrer Reichstagsauflösung und ihrer Mißachtung des Parlaments geradezu Schindluder mit den Rechten des Parlaments getrieben hat, eben mit dem Zweck, um in weiten Kreisen Wahlmüdigkeit und Verachtung des Parlamentarismus zu erzeugen, um unter den Wählern die Ansicht zu stärken: Es hat ja doch keinen Zweck, ich wähle überhaupt nicht mehr. Aber diese Anschauung ist grundfalsch.

Bergegenwärtigen wir uns doch einmal unsere politische Lage: Die von Hitler in den Sattel gefetzte Regierung Papen hat durch ihre Taten bewiesen, daß sie die arbeitserfreundliche und reaktionäre Regierung ist, die jemals in Deutschland am Ruder war. Ihr Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat spricht Bände und sollte allein schon jedem zeigen, wohin die Fahrt geht. Die Notverordnungen dieser Regierung zur „Anturbebung“ der Wirtschaft sind so einseitig gegen die Schaffenden gerichtet, daß jeder Arbeiter im gerechten Zorn gegen sie aufwallen muß. Damit aber, daß man sich passiv verhält, kann man das „System Papen“ nicht bekämpfen. Und für die Arbeiterschaft gibt es nichts anderes, als züchtungslossten Kampf gegen diese Politik der östlichen Jünger, nicht nur mit dem Stimmzettel. Nein, mit allen der Arbeiterschaft zu Gebote stehenden Mitteln. Selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere für seine Überzeugung Opfer bringen muß.

Selbst wenn man zugibt, daß in den letzten Jahren von der Partei, die für die Interessen der Schaffenden einzutreten hat, Fehler gemacht wurden, so gibt das niemandem das Recht, nunmehr diese Partei in Kauf und Bogen zu verdammen. Es ist ihr ohne weiteres zuzugestehen, daß sie in den letzten Jahren, als sie mitzutreten hatte, sehr vieles Gute für die Arbeiterschaft erreicht hat, das hier anzuführen wohl nicht notwendig ist, und daß sie immer bestrebt war, für die Schaffenden nach Lage der Verhältnisse das Beste zu wollen. Und eben weil solche Erfolge zu verzeichnen sind, deshalb der Haß der Reaktionen und deshalb die Verleumdungen von der marxistischen Mißwirtschaft.

Uns als denkenden Gewerkschaftlern erwächst die sittliche Pflicht, daß wir diese Situation nützen. Wir müssen die verführten und in Zweifel geratenen Volksgenossen wieder auf die wahren Wege des Sozialismus zurück-

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Joseph Nagengast in Bamberg  
Eingetretten: 6. November 1882 — Jetzt Invalide



Franz Buschmann in Berlin  
Eingetretten: 6. November 1882  
Jetzt Invalide



Gustav Fehner in Freiburg i. Br.  
Eingetretten: 6. November 1882  
Jetzt Invalide



führen. Wir müssen ihnen zeigen, wo die wahren Freunde der Arbeiterschaft zu suchen sind, wo die Partei ist, die die Interessen der Schaffenden vertritt. Hier blüht die rechte Betätigung für jeden, der guten Willens ist.

Was uns nützt, ist, daß wir Männer nach Berlin schicken, die gewillt sind, Arbeiterpolitik zu treiben. Das Wohl und Wehe der Schaffenden muß ihnen oberstes Gesetz werden. Es hat sich nicht gelohnt, daß man alles für die Beamten getan hat. Man hat gerade von ihnen sehr wenig Dank gehabt. Gerade sie waren es, die zum Großteil zu den Nazis abgewandten, und die es leider vergessen haben, daß es die Sozialdemokratische Partei war, die sich für sie ganz besonders eingesetzt hat. Wir wollen und sollen den letzten Mann heranziehen.

K. r. (München).

### Gewerkschaftsmitglieder in nationalsozialistischen Zeitungsbetrieben

Vor kurzem tagten in München die nationalsozialistischen Verlagsleiter. Nach einem Bericht der nationalsozialistischen Presse hat der Leiter der Reichspressestelle der NSDAP, Dr. Otto Dietrich, ausgeführt, daß die nationalsozialistische Parteipresse im Reich „aus den allerersten Anfängen, sozusagen aus dem Nichts heraus, geschaffen“ worden sei und heute neben dem Zentralorgan, dem „Völkischen Beobachter“, über 100 Tageszeitungen und eine große Anzahl Wochenblätter und Spezialzeitschriften umfaßt. Wohlweislich wird in dem Bericht nicht erwähnt, mit welchen außerordentlichen Schwierigkeiten diese Betriebe zu kämpfen haben. Den Einsichtigen ist es nicht unbekannt, daß die nationalsozialistischen Zeitungsbetriebe zum guten Teil ihre Existenzmöglichkeit der Gewährung von ungewöhnlich langen Zahlungsfristen seitens der graphischen Lieferungsindustrie zu verdanken haben. Die meisten dieser in letzter Zeit gegründeten Zeitungsbetriebe können sich wohl kaum aus eigener Kraft erhalten, sondern beziehen reichliche Zuschüsse von den Quellen, die sonst gewöhnlich für die nationalsozialistische Propaganda erschlossen sind. Auch der Befehl des Herrn Dr. Goebbels, wonach den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, nur nationalsozialistische Zeitungen zu halten und Anzeigenaufträge nur an die eigene Presse zu erteilen, wird an der oben angeführten Tatsache nichts geändert haben. Allerdings sind in letzter Zeit die Geldquellen für die Nazis nicht mehr so reichlich geflossen, manche drohen zu versiegen, worauf die herrschenden finanziellen Schwierigkeiten zurückzuführen sind.

Diese Tatsache birgt die Gefahr in sich, daß den Kollegen, die in nationalsozialistischen Zeitungen in Kondition stehen, ihre tariflichen Rechte nicht voll gewahrt werden können, vor allem daß die Lohngehälter nicht rechtzeitig zur Auszahlung bereitstehen. In einigen solcher Betriebe soll dies auch tatsächlich schon der Fall sein. Lohnrückstände, die zu einem ansehnlichen Betrag anwachsen, waren dann die Folge der verzögerten und unvollständigen Lohnauszahlung.

Ganz unabhängig von seiner politischen Einstellung wird der freigewerkschaftlich organisierte Kollege selbstverständlich auch in nationalsozialistischen Betrieben seinen beruflichen Pflichten vollumfänglich gerecht werden, deshalb ist es auch nicht mehr als billig, daß er, nachdem der Arbeitgeber die Leistungsforderung vom Tarif absteckt, auch die Einhaltung der tariflichen Verpflichtungen des Arbeitgebers überwacht. Bis jetzt war es nicht möglich, und es wird wohl nie möglich werden, die Betriebsangehörigen solcher Betriebe aus Mitgliedern der NSD. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) zusammenzuführen, denn die „ratten Bugdruckerei“, und, doch, zu sehr, um, Herr, ihrer Gewerkschaft überzeugt, als daß sie sich für eine derartige zweifelhaftige Organisation wie die NSD. interessieren würden.

Ob die schwierigen finanziellen Verhältnisse, in die Hitlers Propagandaeinrichtungen geraten sind, eine Einschränkung oder Zusammenfassung der Zeitungsbetriebe notwendig machen, kann nicht ohne weiteres vorhergesagt werden. Da die Bewegung einer starken Propaganda bedarf, um überhaupt bestehen zu können, wird sie versuchen, die letzten Groschen zusammenzubekommen, um ihre Propaganda aufrechterhalten zu können.

S. S. M.

### Glauben oder - Wissen!

Die Entwicklung des menschlichen Geistes vom Urzustand einer sich wenig vom Tier unterscheidenden Menschheit bis in unser Zeitalter der Höchstleistungen auf den Gebieten der Technik, Naturwissenschaften, Kunst, Literatur und Musik ist ein langer, unendlich mühseliger Weg. Außerst langsam hat sich der Bestand der Menschheit entwickelt und — bliden wir einmal an uns, wieviel Hinterwäldertum, Aberglauben, Festhalten an starre Dogmen, die entweder ewige Gültigkeit oder ewige Verdamnis jenseits dieser Welt prophezeien, hindern den Geist vieler Menschen noch heute, den Weg zum wahren Wissen zu finden. Das mehr als neblige Reich des Glaubens hält sie gefangen, sie wagen nicht einmal den Versuch, mit Hilfe ihres Verstandes die Kompliziertheiten des Lebens zu meistern, nein, sie hoffen nicht selten, im Jenseits eine Entschädigung für ihr irdisches Leid zu erhalten.

Die Arbeiterschaft hat sich jedoch in ihren besten, organisierten und darum fortschrittlichsten Teilen schon seit einigen Generationen von einem reichlich unklaren „Glauben“ befreit. Ihre Welt ist die, in der sie gezwungen ist zu leben. Die organisierte Arbeiterschaft lehnt es darum ab, auf ein ziemlich verschwommenes Paradies jenseits dieses Planeten zu warten. Nein, die Erde ist kein Erdenplaner, auf dem alle Menschen leben müssen, hat alle Voraussetzungen dazu, die gesamte Menschheit glücklich zu wissen. Noch ist der Kapitalismus der Feindschub, gefühlt benutzt er noch heute die Religion, nicht unbedeutende Bevölkerungsklassen den Weg zum wahren Wissen zu verbauen. Der Glaube soll über den Verstand triumphieren.

Und doch müßte eigentlich das Gegenteil richtig sein. Der Mensch, angeblich die Krone der Schöpfung, ein vernunftbegabtes Wesen, sollte doch erst recht versuchen, seinen Verstand anzuwenden, die besten Formen des Lebens zu finden. Aber gerade das war den herrschenden Klassen aller Zeiten nie angenehm. Sie fürchteten immer mit Recht, daß, wenn das ausgebeutete, ausgegrenzte Volk beginnt, seinen Verstand anzuwenden, dann ihre Vormachtstellung für

immer vorbei sei. Jahrhundertlang war das Wissen ein Klassenprivileg der Besitzenden, ein starkes Instrument, das Volk in Dummheit und Demut zu erhalten.

Erst mit dem geschichtsmachenden Auftreten der Arbeiterschaft als Klasse geriet das Bildungsprivileg des Kapitalismus ins Wanken. Aber noch heute versucht der Kapitalismus, seine letzten Wanktionen mit Hilfe von Religion, Presse und Kino zu halten. Das süße Gift der Verdummung wird in den verschiedensten Formen gereicht. Werfen wir einmal einen Blick in die arbeitserfreundliche, sich häufig neutral nennende Presse. Bedrückte Forderungen und Kundgebungen der Arbeiterschaft werden einfach untergeschlagen, oder, wenn es gar nicht anders geht, in verkommenster Form wiedergegeben. Geradezu gefährlich ist der Unterhaltungsteil der sogenannten neutralen Presse. Lebensunwahre Romane und Novellen sind an der Tagesordnung. Die Krieg und Kriegstaten verherrlichende Literatur wird als „deutsch“ Wehrgeist bezeichnet. Nazismus wird nicht selten gleich Feigheit gesetzt. Noch schlimmer wirkt das Kino mit Filmen, in denen die Realitäten des menschlichen Lebens völlig verboten werden. Dort wird gerade der abnormen Jugend ein falsches Heldentum gezeigt. Bunte Uniformen, klingende Militärmärsche, gewiß die angenehmen Seiten des Soldatenlebens, den eigentlichen Krieg mit aller Not und Elend vergisst man zu zeigen. Doch damit nicht genug. In unglücklichen Neben, bei nun schon traditionellen Vereinsparaden wird von dem drittklassigen Staat gesprochen, die innere und äußere Freiheit als ein großes Symbol gefeiert. Freiheit! Ein schönes, stolzes Wort. Doch den Zeitungen und Zeitschriften, die heute den wahrhaft großen Gedanken der Freiheit in nicht mißzuverstehender Weise propagieren, die sich für eine freigeistliche Entwicklung einsetzen, denen droht — das Verbot! Die Inquisitoren stehen bereit!

Man ruft nach Männern, die wieder beten können und — das Schwert zu führen verstehen. Nationalistische Verbände verlangen militärische Erziehung der Jugend. Ihr Heros ist Mussolini, sonst sind sie deutsch. Wenn derselbe

bei einer Rede an die Studenten seines Landes in der einen Hand ein Gewehr hält, in der andern ein Buch und diese doch einander völlig ausschließenden Dinge zu einem Begriff zu einem versucht, dann schlagen ihre „deutschen“ Herzen höher und — sie verlangen die Kopierübertragung für Deutschland. Ist denn jenes grausige Wort des letzten Krieges schon wieder vergessen? Warum wehrt sich der Bestand nicht bei allen Menschen dagegen, die sogenannten Kriegsgeldern als große Männer zu feiern? Weshalb werden stille, fleißige Forscher und Denker, die Großes für die Menschheit leisteten, nicht selten vergessen, verkauft? Soll sich die Nacht des Mittelalters wieder über Deutschland senken?

Niemals! Tausendmal nein! Die organisierte Arbeiterschaft schreitet zur schöpferischen Tat. Sie hat nichts gemein mit all den Gesundbetern, die ein leidgeprüftes Volk für ihre Experimente benutzen und es an den Rand der Verzweiflung bringen.

Ihre Organisationen, voran die freien Gewerkschaften, kämpfen nicht nur für die wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder, nein, darüber hinaus weisen sie der unterdrückten Arbeiterklasse den Weg zur Freiheit. Die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften mit ihren vorbildlichen Bildungsstätten ist von dem ersten Willen getragen, Verantwortungsbewußte Menschen heranzubilden. Diese Arbeit ist schlichtes Wirken, Präzise und laubbewußte Propheten sind nicht dabei zu finden. Jede Effekthaserei ist verpönt, es ist Tiefenarbeit, die hier geleistet wird. So schafft sich die organisierte Arbeiterschaft eine immer stärker werdende innere Festigung. Nichts fürchtet der Gegner mehr, als eine Arbeiterschaft, die weiß, was sie will, die ihren Verstand zum vernunftgemäßen Handeln anwendet. Ihr Reich kann also niemals das des Glaubens sein, nein, die Vernunft, der Verstand sollen über die Unwissenheit triumphieren. Für die Arbeiterschaft bedeutet Wissen Macht! Gerade die Gewerkschaften pflegen und hegen die große Tugend des offenen Geistes. Befreit von Vorurteilen und Aberglauben, bauen sie raktos an den großen Wert der Menschheitsbefreiung!

S. P. r. (Magdeburg).



Seber, der Mitglied im Konsum wird, fördert die neue Wirtschaftsförderung. Vorhergen W e r n e r sprach noch über die Auswirkung der Notverordnung bezüglich Förderung des Tarifwesens. Die Firma Bernstein hatte beantragt, als gefährdeter Betrieb, laut Notverordnung, die Löhne um 20 Proz. senken zu dürfen. Nicht zuletzt durch Einwirkung des Gewerkschafters wurde die Genehmigung zu diesem Lohnraub vom Schlichter verweigert. Durch die Wirtschaftsförderung ist auch unsere Ortsliste derart leer geworden, daß einstimmig beschlossen wurde, die Unterstützung an Durchführer für kürzen und im letzten Vierteljahr w. h. e n t l i c h 10 Pf. mehr Beitrag zu erheben. Dadurch wird es wie früher möglich sein, den Invaliden, Kranken und Witwen eine kleine Weihnachtsgabe zu bereiten.

### Allgemeine Rundschau

**Wendeter Lohnkampf in Danzig.** Nach einer kurzen, geschloßenen durchgeführten Abwehrbewegung ist im Gau Danzig eine Verständigung zustande gekommen, wonach der bisherige Tariflohn von 60 Gulden für die Monate November und Dezember d. J. bestehen bleibt und für das dann folgende Halbjahr einer Herabsetzung um je zwei Gulden in zwei Etappen zugestimmt worden ist.

**25 Jahre im Dienst des Gaues Hamburg-Altona.** Am 6. November vollendet sich ein Vierteljahrhundert, seitdem unser weithin in gutem Ansehen stehender Kollege und Freund Friedrich Künzler als Verwalter und Vorsteher des Gaues Hamburg-Altona ununterbrochen aktiv tätig ist. Am 7. November 1886 in Aulweren geboren, gehört Künzler seit dem Tag seines Aussernehmens unserer Organisation an. Nach zweimaliger Kondition in Schwern und darauffolgender Wanderschaft durch Deutschlands Gau kehrte er nach der Wasserfante zurück, wo er mehrere Jahre in Löhnd arbeitete. Im Jahr 1891 kam er nach Hamburg, um dort als Handwerker, als Stereotypen- und schließlich als Maschinenführer tätig zu sein. Selbstverständlich stellte sich Kollege Künzler auch in den Dienst des Verbandes. Als Vertrauensmann hat er sich für die Interessenwahrung seiner Kollegen schon zu einer Zeit eingelegt, als der einzelne noch auf sich selbst gestellt war, ohne besonderen Schutz. In schneller Folge ging es dann auf der Stufenleiter des Vertrauens aufwärts. Nach erfolgter Wahl in das Schiedsgericht Hamburg (1905) und als Gauverwalter (1907) wurde Kollege Künzler Mitte 1907 zum Gauverwalter berufen. Hier galt es, das seinem Amtsvorgänger verloren gegangene Vertrauen wieder zu gewinnen und zu befestigen. Daß ihm dies in vollstem Maße gelungen war, bewies seine im Jahr 1918 erfolgte Wahl zum Gauverwalter nach dem Ableben Wilhelm Dreiers. Dieses von Kollegen Künzler zu einem äußerst schwierigen Zeitpunkt angetretene und in Zeiten höchst wechsellöblicher Ereignisse mit innerer Festigkeit fortgeführte Amt hat an ihn Anforderungen gestellt, die nicht immer leicht zu bewältigen waren. Sein ausgeprägter Optimismus und sein unbeeinträchtigt Glaube an die kulturelle Mission der Arbeiterbewegung haben ihn jedoch seine vielfältigsten Pflichten fröhlich erfüllen lassen. Aber nicht bloß als Verbandsfunktionär hat Friedrich Künzler vorbildliche Arbeit geleistet, sondern auch der allgemeinen Arbeiterbewegung hat er redlich gedient. Sei es im Vorstand des Ortsausschusses Groß-Hamburg des V D G B, oder als Mitglied der Hamburger Bürgerchaft und dort wieder in wichtigen Deputationen, die ernste Verwaltungsarbeiten erforderten. Überall verband er mit reichem Wissen ein schnelles, zielstrebendes Erfassen der Aufgaben und Notwendigkeiten, für die er mit den verbindlichsten Umgangsformen auch seine Mitarbeiter zu gewinnen wußte. In der Hamburger Kollegenchaft und weit darüber hinaus genießt Kollege Künzler als zuverlässiger Berater und charaktervoller Verbandsfunktionär, der Erreichbares von Unreichbarem immer zu unterscheiden verstand, allgemeine Hochachtung und Beliebtheit. Mögen ihn gute Gesundheit und gesunder Humor auch fernerhin über die Widrigkeiten des Lebens hinwegleiten! In diesem Sinn unsere Glückwünsche und Grüße!

**Keine Änderung in der deutschen Rechtschreibung.** Im März d. J. hatte der schweizerische Bundesrat auf eine „kleine Anfrage“ über die Frage der Anbahnung einer internationalen Konferenz zur Bepflegung von Reformen der deutschen Schrift geantwortet, daß er seinerseits die Initiative für eine solche Konferenz nicht zu ergreifen beabsichtige, aber auf diplomatischem Weg bei den zuständigen Ministerien in Deutschland und Österreich anfragen werde, wie man sich dort grundsätzlich zu dieser Frage stelle. Aus Berlin traf folgende Antwort ein: „Die beim Auswärtigen Amt in dieser Sache angestellten Erhebungen haben ergeben, daß die Verwirklichung dieses Vorhabens als noch in sehr weiter Ferne schwebend bezeichnet werden kann. Infolgedessen ist auch an eine Konferenz von Vertretern der ganz oder teilweise deutschsprachigen Länder, die gegebenenfalls auf Initiative der Reichsbehörden oder von deutscher Seite einberufen werden sollte, zur Zeit nicht zu denken.“ Aus Wien wurde berichtet, daß das zuständige Bundesministerium für Unterricht der Frage lebhaftes Interesse entgegenbringe; die Initiative in dieser Angelegenheit beabsichtige die österreichische Unterrichtsverwaltung jedoch nicht zu ergreifen. Die „Neuen Züricher Nachrichten“, denen wir diese Mitteilungen entnehmen, bemerken dazu: „Die Angelegenheit wird also weiterhin in der Schwebe bleiben, und es ist gut so. Der Widerstand gegen eine Schriftrevolution ist zu viele und gewaltige, als daß einer Liebhaberei nachgegeben werden könnte, die unserem Volk fast in j. n. e r Gesamtheit zuwider und unhygienisch ist. Die Kleinreibung, die bei dieser von einzelnen geforderten Schriftreform das Hauptgebehen darstellt, hat schon heute in ihrer Anwendung in der Kellern und in der Literatur der Extremen beargwöhnt erlitten und Ablehnung erfahren, daß sie endlich auch in diesen Kreisen wieder verschwinden könnte, wenn es sich eben nicht um ein Stedenpferd der Reformen und Befreier handeln würde.“ Diese Mitteilungen des Züricher Blattes über die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung zur Frage einer Rechtschreibänderung entsprechen ganz den Informationen, die uns von unterrichteter Seite schon vor Monaten zugeleitet worden sind.

**Protest gegen Papierpreiserhöhung.** In einer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Buchhandelsverbandes der papierverarbeitenden Industrie und des Papierindustrievereins wurde zu den verhängnisvollen Papierpreiserhöhungen Stellung genommen. Eine Stabilisierung der Preise wäre zwar zu begrüßen, jedoch sei der von der Papierindustrie eingeschlagene Weg, eine ruhmvolle und durch die gegenwärtige Konjunktur nicht begründete Preiserhöhung durchzuführen, unbedenklich und bringe für die Papierverarbeitung die schwersten Gefahren mit sich, da diese bei der derzeitigen Marktlage keine Möglichkeit habe, bei ihrer Inlandsindustrie höhere Preise zu erzielen. Ferner sei sie nicht möglich, selbst die erhöhten Preise zu bezahlen. Noch unglücklicher würde die Preiserhöhung auf die für die Papierverarbeitung lebenswichtige Ausfuhr wirken. Sollen diese Maßnahmen nicht in Ausführung, wenn die Zellstoff- und Papierzeugung an ihrer Einstellung festhalte, wonach Rohpapier nach dem Zustand zu billigeren Preisen angeboten wird als im Inland.

**Die Verleger stoppen die Bücherverproduktion noch mehr.** Diesen Eindruck gewinnt, wer sich die statistischen Ausweisungen Ludwig Schönrods, die er an Hand der Deutschen Nationalbibliographie für den Monat August aufgestellt hat, näher betrachtet. Gegenüber dem Vormonat Juli ist danach die deutsche Buchproduktion ganz auffallend stark zurückgegangen. Den 1732 bibliographischen Einheiten des Monats Juli stehen nur 1196 im August gegenüber. Das sind um 536 oder um über ein Drittel weniger. Die Minderrungen sind in 22 von 24 Literatursgruppen eingetreten. Besonders stark sind bei den Schulbüchern (17 gegen 119). Die Schöne Literatur ging von 196 auf 159 Neuererscheinungen zurück. Der Durchschnittspreis aller Gruppen zusammen liegt von 5,26 im Juli auf 5,35 im August. Ob diese Preiserhöhung schon auf ein anhaltendes Anziehen der Preise, wie es im allgemeinen nur bei stärkerer Nachfrage einzutreten pflegt, schließen läßt, kann noch nicht deutlich genug erkannt werden. Auffallend ist allerdings, daß der Durchschnittspreis bei der Schönen Literatur, die mengenmäßig auf dem Büchermarkt eine wesentliche Rolle spielt, von 2,14 auf 2,51 M. gestiegen ist. Für 1145 Werke der Augustproduktion wurde der Preis in Reichswährung angegeben. Je ein Stück davon würde zusammen 6121,03 M. kosten. Vom Januar bis Ende August 1932 erschienen 19 504 bibliographische Einheiten. Davon waren 11 438 Erst- und 2126 Neuauflagen. Zu den 13 010 in deutscher Sprache erschienenen Bänden zählten 486 Uebersetzungen aus fremden Sprachen. Aus dem Deutschen in fremde Sprachen überetzt wurden 554 Werke herausgegeben. In Fraktur gedruckt sind 5699 Werke, in Antiqua 7824 und in anderen Schriftarten 41 Druckschriften. Die Gesamtproduktion besteht aus 245 Flugblättern (mit einer Seite bis vier Seiten), aus 3934 Broschüren (mit über 4 bis 50 Seiten) und aus 9385 Büchern (mit mehr als 50 Seiten). Der Gesamtdurchschnittspreis beträgt 5,43 M. und der Gesamtumsatz der 12 894 Neuererscheinungen, für die der Preis in Reichswährung festgelegt ist, je ein Stück gerechnet, 70 113,45 M. Wenn nicht die Monate September, Oktober, November und Dezember erhebliche Produktionsrückgänge gebracht haben oder bringen, dürfte das Jahresergebnis ganz erheblich hinter dem von 1931 zurückbleiben. Aber Herr v. Papen turdet ja immer noch weiter, bisher selber ohne Erfolg!

**Auf den Index gesetzt.** Unter dem Titel „Roms Weg nach dem Osten“ ist kürzlich das Buch eines polnischen Grafen erschienen, das sich mit Fragen der polnischen und russischen katholischen Kirche beschäftigt. Die darin entwickelten Gedankengänge mögen der polnischen Kirchenbehörde wohl nicht gepaßt haben, denn der Warschauer Kardinal Kutowski hat diese Schrift verboten, das heißt, er hat den Katholiken Polens unterlagt, sie zu lesen, aufzubewahren, zu verbreiten und die in ihr enthaltenen Ansichten mündlich oder schriftlich zu erörtern. Das Buch ist also regelrecht auf den Index gesetzt. Die Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit durch die gegenwärtige polnische Regierung hat offenbar die Kirche nicht schrecken lassen. Die Beschlagnahme von mancher Behörden nimmt geradezu groteske Formen an. In Königs wurde eine Partei Landkarten beschlagnahmt, einzig deswegen, weil sie die Bezeichnung „Danzig“ und „Polen“ sowie die Städtenamen Kommernellen in deutscher Sprache trugen. Der Beschlagnahme folgte natürlich eine Verhandlung vor dem königlichen Bezirksgericht. Hier stellte sich heraus, daß die Karten nach Graudenz bestimmt und von der dortigen polnischen Interoffizierschule bestellt waren, da es solche in Polen nicht gibt. Das Gericht hob denn auch die Beschlagnahme auf und gab die Karten frei.

**Vom Zeitungskriegsflaggschlag.** Vom Berliner Polizeipräsidenten ist die Wochenschrift „D a s a n d e r D e u t s c h a n d“ bis zum 30. April 1933 verboten worden. — Desgleichen wird die Bilderbeilage der „Roten Fahne“, „D e r r o t e S t e r n“, bis zum 30. Januar 1933 verboten, weil vom Berliner Polizeipräsidenten in einigen textlichen und bildlichen Darstellungen eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt wurde. — In Frankfurt a. M. wurde eine kommunistische Geheimdruckerei von der Kriminalpolizei ausgehoben. Eine Dramaschöpfung, Material und Druckförmchen wurden beschlagnahmt. — Im Zusammenhang mit dem in voriger Nummer registrierten Aufschlag auf das „Uffenhelmers Tagblatt“ wurden in Uffenhelm zwei Nationalsozialisten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Ansbach eingeliefert. Es handelt sich um einen S. M. - Führer und um einen S. M. - Helferführer.

**Schluss der Berliner Deutschen Ausstellungsstellung.** Diese unter dem Namen „D e l a“ allgemein bekannt gewordene Ausstellung ist am 30. Oktober endgültig geschlossen worden. Wie uns mitgeteilt wurde, passierten annähernd 150 000 Personen die Eingänge. Das umfassende grundlegende Ausstellungsmaterial soll nicht in alle Winde verstreut, sondern von interessierten Stellen zu einer Wanderausstellung verwendet werden, also geschlossen zusammenbleiben. Eine Anzahl Städte hat sich bereits um die teilweise Ueberlassung des Ausstellungsmaterials beworben. Damit wird die große Arbeit, die in der Zusammenstellung und Entwicklung des vorbildlichen Ausstellungsmaterials steckt, weiter nutzbar gemacht. Die Anstalten der „D e l a“, die mit Aufbau und Durchführung verbunden waren, werden durch die Einnahmen und durch die weitere Bewertung des Ausstellungsmaterials gedeckt.

**Vorschlag zur internationalen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.** Wie in Nr. 87 bereits mitgeteilt, hat sich der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts mit dem Problem der internationalen Arbeitszeitverkürzung auf seiner Madrider Tagung am 28. Oktober beschäftigt und beschlossen, es auf der nächsten Arbeitsamtskonferenz vordringlich zu behandeln. Inzwischen hat ein Wirtschaftler in Nr. 619 der „Wirtschaftlichen“ beachtenswerte Vorschläge zur internationalen Regelung dieser Frage gemacht, die hier eine zusammengefasste Wiedergabe finden mögen: Die europäischen Industriestaaten treffen ein internationales Abkommen, wonach die Arbeitszeit durch Gesetz so weit verkürzt wird, daß die Industrie gezwungen ist, die Mehrheit der arbeitenden industriellen Arbeiter aufzunehmen. Der Maximalarbeitszeit in jedem Land richtet sich nach dem Grad der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu einer wesentlichen Verkürzung der bisher für die 48-Stunden-Woche gezahlten Löhne führen. Der festzusetzende Minimallohn soll sich an die bisher gezahlten Tariflöhne anlehnen. Die so fixierten Löhne müssen mit einem Vorschlag von 5 Proz. als Minimallohn zunächst für mehrere Jahre festgelegt werden. Die Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Länder würden somit wie bisher unverändert bleiben. Eine internationale Kommission der dem Vertrag beitretenden Staaten würde die Überwachung der Ausführung des Abkommens in den einzelnen Ländern auszuüben haben. Die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter in den einzelnen Ländern sollen dabei mitwirken. Von Schutz gegen die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte in denjenigen Staaten, die dem Abkommen nicht beitreten, sollen die Vertragsstaaten bei der Einfuhr aus solchen Ländern eine Ausfuhrsteuer erheben, damit der Unterschied der Löhne ausgeglichen wird. Es wird empfohlen, von einer normalen Arbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich auszugehen. Würde die normale Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden verkürzt, so ergäbe sich daraus eine Erhöhung der Löhne um 33 1/2 Proz., von denen der Vorschlag von 5 Proz. abgeht. Es bleiben rund 28 Proz. Nimmt man den Lohnanteil mit 30 Proz. an, dann würden sich die Warenpreise im Durchschnitt um 8,4 Proz. höher stellen. Dem stehen aber die Ersparnisse an Arbeitslohnbeiträgen, Steuern, Verminderung der Lizen Anstalten bei der durch die Steigerung der Kaufkraft möglichen Produktionsausdehnung gegenüber. Bei einer richtigen Kalkulation würde von einer Preiserhöhung wenig übrigbleiben. Das ist in Kürze der Vorschlag eines Wirtschaftlers zur internationalen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, der gewiß Beachtung verdient. Es fragt sich nur, ob die von der Wirtschaftskritik heimgesuchten Staaten die erforderliche Energie aufbringen werden, um der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen und dabei die Massentaufkraft durch verhältnismäßig stabile Löhne zu sichern.

**Über gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung.** Es dürfte für manchen lehrreich sein, etwas Näheres darüber zu erfahren, in welchem Umfang die Gewerkschaften in den verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Institutionen die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten haben. Neben 300 000 freigewerkschaftlichen Betriebsvereinigungen sind in den Betriebsausschüssen rund 10 000 Gewerkschaftler tätig; in den Ausschüssen der Berufsschulen sitzen rund 5000 Gewerkschaftler, von den Arbeitsschlichtern gehören 10 000 den freien Gewerkschaften an, in den Spruchinstanzen der Arbeitsämter vertreten 2000, in den Sozialversicherungsstellen mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beamte ehrenamtlich die Interessen der Arbeiterchaft. Es ist nicht hinreichend bekannt, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen Ortsausschüssen nicht nur zur Beratung der Mitglieder, sondern aller rechtschutzsuchenden Arbeitnehmer im Deutschen Reich 125 Arbeiterssekretariate und im Bundesbüro ein Zentralarbeiterssekretariat zur Vertretung beim Reichsverkehrsamt, dazu noch 447 Rechtsberatungsstellen unterhält, die in den Jahren 1930 und 1931 von 1 574 848 Personen in Anspruch genommen wurden, denen 1 575 511 Rechtsauskünfte erteilt, 627 760 Schriftsätze angefertigt wurden und deren Rechtsstreitigkeiten in 79 906 Fällen die persönliche Vertretung vor Behörden und Gerichten erforderte.

**Nazi-Gewerkschaft über Gewerkschaftsbekämpfung.** Obwohl der Nazi-Partei bereits das Messer an der Kehle sitzt, lassen ihre Bongen von größenswahnlässigem Geschwätz nicht ab. Der stellvertretende Leiter der Nationalsozialistischen Reichsbetriebszellenabteilung schrieb in der Septembernummer der NSD. A. - Funktionär-Zeitschrift „Wille und Weg“ in einem Artikel über „Politische und praktische Kampfziele der NSD.“ u. a.: „Genau betrachtet besteht die Arbeiter-NSD. hauptsächlich nur darin, die Organisation des Marxismus im Betrieb als seinen Stützpunkt zu zerstören. Diese Macht muß gebrochen werden. Natürlich hat das mit „Gewerkschaftserschlagung“ absolut nichts zu tun. Die Gewerkschaften selbst, mehr außerhalb der Betriebe wirkend, gefakten wir einflusslos.“ Das könnte den Herren so passen, die Betriebsarbeiterschaft, losgerissen von den Gewerkschaften, unter dem Einfluss der braunen Slavenhalter des Großkapitals, die gewerkschaftlichen Organisations selbst aber „außerhalb der Betriebe“, also gewissermaßen im luftleeren Raum stehend, harmlos und unwirksam. Und das soll keine Gewerkschaftserschlagung sein? Das glaubt doch das dümmste Schaf nicht. Bezeichnend ist aber, daß die NSD. in dieser „Zerstörungsarbeit“ ihre Hauptaufgabe sieht, daß ihre Arbeit „genau betrachtet hauptsächlich nur darin“ besteht. In den Betrieben ergründen die Nazi-Gewerkschaften, wie sie alles für den Arbeiter tun wollen. Sieht man allerdings näher hin, dann zeigt sich, daß sie selbst ihre Hauptaufgabe nur in der Gewerkschaftserschlagung sehen, was ihnen natürlich nie gelingen wird.

**Wenigen, die verschwinden.** Im Zeitalter der Statistik der Einwohnerlisten, Wählerlisten und Steuerlisten sollte man es nicht für möglich halten, daß Menschen einfach von der Bildfläche verschwinden. In Berlin sind 1931 4631 Personen verschwinden, ohne daß man ergründen konnte, wo diese geblieben sind. Darunter befanden sich 165 Frauen und 87 Mädchen unter 14 Jahren. Jugendliche von 14 bis 21 Jahren wurden 1065 männliche und 890 weibliche vermisst. Viele von den Vermissten kehren über kurz oder lang zurück. Manche bleiben aber für immer oder doch für eine lange Zeit verschollen.

